

## Editorial

Joachim Becker, Julia Hofmann

Zuweilen heißt es, die gegenwärtige globale Krise sei Ausgangspunkt einer neuen globalen Protestbewegung. Bei genauerem Hinsehen stellt sich jedoch heraus, dass die sozialen Proteste nicht nur global sehr ungleich verteilt auftreten, sondern auch unterschiedliche Hintergründe haben: Während die sozialen Proteste in Brasilien aus den realen Verbesserungen durch die PT-Regierung in den letzten Jahren, die in der Bevölkerung steigende Ansprüche, beispielsweise bei öffentlichen Diensten, weckten, welche so nicht eingelöst werden konnten, herrührten (Saad-Filho/Morais 2013: 240 f.), war in der Mehrzahl der Länder die wirtschaftliche und soziale Krise – und die damit verbundenen Verschlechterungen der Situation – ein wichtiger Auslöser der Proteste. Konflikte rund um den Ausbau von sozialen und politischen Rechten in der Peripherie der globalen Ökonomie stehen Abstiegskonflikte im Zentrum entgegen (Wagner 2013). Letzteres gilt auch für die EU. Allerdings haben die ungleichen Entwicklungsmuster und Krisenverläufe in Europa auch unterschiedliche Protestdynamiken zur Folge gehabt (Becker 2012).

Den Dynamiken der sozialen Proteste gegen die Austeritätspolitik – sowohl auf nationalstaatlicher Ebene wie bei den Versuchen EU-weiter Kooperationen – spürt diese Kurswechsel-Nummer nach. Es geht um AkteurInnen, Handlungsrepertoires, Bündnispolitiken (vor allem um das Verhältnis von sozialen Bewegungen und Parteien), Forderungen, Erfolge und Grenzen der Protestbewegungen. Bevor wir im Heft eher mosaikartig verschiedene soziale Proteste – teils eher in europäischer Dimension, teils eher mit nationalstaatlichen Bezügen – vorstellen und diskutieren, soll hier zunächst eine Landkarte der Protestbewegungen entworfen werden.

### Ungleiche Entwicklung – ungleiche Protestbewegungen

Die EU-Politik hat – unter maßgeblichem Einfluss der Kernländer der EU (v.a. Deutschlands) – die Krisenlasten primär auf die peripheren Länder und dort auf die Lohnabhängigen, PensionistInnen und arme Bevölkerungsgruppen abgewälzt. Wie **Weinmann** und **Schmalz** in ihrem Beitrag aufzeigen, haben die Protestereignisse in der EU vor allem in den südeuropäischen Euro-Zonen-Ländern, speziell in Griechenland und Spanien, seit 2009 stark zugenommen. In der osteuropäischen Peripherie stellt sich die Situation hingegen sehr heterogen dar (Becker 2013). In den Visegrád-Ländern, die bis auf Ungarn die Krise aufgrund ihres relativ bedeutsamen Industriesektors bislang noch relativ glimpflich überstanden haben, sind die sozialen Proteste gering. Dasselbe gilt allerdings auch für die baltischen Länder, die 2009 von allen EU-Mitgliedstaaten den schwersten Wirtschaftseinbruch erlebten. In Estland gab es beispielsweise gar keine Proteste, obwohl das BIP 2009 um 14,1% zurückging (Pöschl 2010: 430, Tab. 1). Neben der Bindung der in Devisen hoch verschuldeten Mittelschicht an eine Wechselkursstabilisierung versprechende Sparpolitik, dürfte die Tatsache eine zentrale Rolle spielen, dass die politische Akzentuierung ethnischer Spaltungslinien soziale Fragen in den Hintergrund gedrängt und die Formierung

politischer Alternativen erschwert hat (Bohle 2013: 124). Hingegen waren Bulgarien, „das passivste Land im traditionell kämpferischen Balkan“ (Ivancheva 2013), und Rumänien mit ihren extrem hohen Armutsraten und ihrem stark delegitimierten politischen Establishment wie auch das relativ wohlhabende, allerdings sehr von der Krise betroffene Slowenien mit seinen kämpferischen Gewerkschaften Schauplatz zeitweise starker sozialer Proteste (Kanzleiter 2012). In den Zentrumsökonomien der EU war die Entwicklung der Proteste nicht ganz so ungleich wie in der Peripherie – in Frankreich mit seiner relativ starken Protesttradition und im von der Krise betroffenen Großbritannien waren Proteste häufiger als in Deutschland, Österreich oder den Niederlanden (siehe **Weinmann/Schmalz** in diesem Heft, mit gewerkschaftlichem Schwerpunkt auch Gallas/Nowak 2012). In Deutschland war es bereits zu Zeiten der rot-grünen Regierung zu Protesten gegen die sogenannten Hartz IV-Reformen gekommen, die teilweise Modell für den Sozialabbau nach Rezeptur der Troika in der gegenwärtigen Krise abgeben. Mithin sind die Proteste in den Peripherieländern mit ihrer Krisenbetroffenheit und noch radikaleren Form von Austeritätspolitik und dem Abbau von Sozial- und Arbeitsrechten zwar tendenziell stärker als in den Zentrumsländern, aber es gibt doch erhebliche Variationen – abhängig von der Tradition sozialer Proteste bis hin zum Ausmaß der Delegitimierung des politischen Establishments.

### **Akteure der Proteste und Charakter der Proteste**

So wie die Sozialstrukturen und Krisenverläufe in der EU variieren, sind auch Unterschiede bei den gesellschaftlichen TrägerInnen, Organisationsformen und Ausrichtung der Proteste erkennbar. In den sozialen Protesten der Zentrumsökonomien spielten Gewerkschaften eine wichtige Rolle. Sie initiierten (primär defensive) Aktionen gegen Austerität und Sozialabbau (vgl. Gallas/Nowak 2012). Zumindest in einigen Teilbereichen verfügen Gewerkschaften noch über eine starke organisatorische Verankerung; in einigen Ländern sind ihre Machtpotentiale auch noch nicht so stark erodiert wie in anderen. In Einzelfällen – speziell in Deutschland und Österreich – wurden die Gewerkschaften in die Krisenpolitik im Rahmen eines „Krisenkorporatismus“ eingebunden, was abfedernde Maßnahmen wie etwa die Kurzarbeit zur Folge hatte. Dies veranlasste einige ForscherInnen von einem „Comeback der Gewerkschaft“ (Schmalz/Dörre 2013) etwa in Deutschland zu sprechen. Neben den Gewerkschaften betraten jedoch auch andere gesellschaftliche AkteurInnen – wie die Occupy-DemonstrantInnen, Studierende, im Fall Großbritanniens auch die verarmte Stadtbevölkerung – die Protestbühne. Ihr Handlungsrepertoire umfasste Demonstrationen, zuweilen symbolische Blockaden; im Fall der verarmten Stadtbevölkerung Großbritanniens drückten sich Frustration, Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit in „Unruhen“ ohne politische Organisation und auch ohne konkrete Forderungen aus.

In den osteuropäischen Ländern, die durch eine abhängige Industrialisierung mit der deutschen Exportwirtschaft eng verbunden sind, haben Gewerkschaften teils ebenfalls eine sichtbare Rolle gespielt – besonders in Slowenien mit dem höchsten gewerkschaftlichen Organisationsgrad der Region (Becker 2011: 274, Becker 2013). Auch die tschechischen Gewerkschaften haben Großdemonstrationen organisiert; es hat zwei größere Streiktage gegeben. In Polen riefen alle maßgeblichen Gewerkschaftsdachverbände 2013 zu einem regionalen Generalstreik in Schlesien auf. Auch in diesen Fällen gilt, dass auch andere gesellschaftliche Kräfte – oftmals aus den Mittelschichten – die Proteste initiierten. Die letzte Protestwelle in Slowenien im Winter 2012/2013 wurde beispielsweise von

einem breiten Spektrum an Kräften getragen – und richtete sich stark gegen das politische Establishment, speziell gegen die damalige Rechtsregierung. Aus einer linken Strömung dieser Protestbewegung heraus entstand die „Initiative für den demokratischen Sozialismus“, die einen ersten Schritt zu einer slowenischen Linkspartei darstellen könnte (siehe **Korsika/Mesec** in diesem Heft).

Obwohl die südeuropäischen Gewerkschaften einen weit überproportionalen Anteil an politischen Generalstreiks in Europa haben, ist ihre Rolle an den Protesten deutlich eingeschränkter, wie **Weinmann** und **Schmalz** in ihrem Beitrag deutlich machen. Informeller Sektor, Kleingewerbe und offene Arbeitslosigkeit sind in Südeuropa ungleich höher als in den Zentrumsländern. Die IndustriearbeiterInnenschaft ist aufgrund der De-Industrialisierung über viele Jahre geschrumpft. Die Gewerkschaften verfügen – jenseits des öffentlichen Dienstes – über weniger strukturelle und Organisationsmacht als die Gewerkschaften in den Zentrumsökonomien. Ihre institutionelle Macht – bislang beispielsweise gesichert über ein gewerkschaftsfreundliches Kollektivvertragsrecht – ist durch die Strukturangepassungspolitik der Troika und durchaus nach Gusto der nationalen Rechtsparteien deutlich beschnitten worden (Lehndorff 2013: 186). Speziell in Spanien und Griechenland spielen gut ausgebildete junge Leute – oft arbeitslos oder prekär beschäftigt und keine Gewerkschaftsmitglieder – eine zentrale Rolle bei den sozialen Protesten (Benlisoy 2012: 9 ff., 58 ff., Fernandez Steinke 2011, Nofre 2013). Sozialstrukturell gesehen sind die Proteste in den südeuropäischen Länder also den Protesten in den Ländern auf der anderen Seite des Mittelmeers näher als denjenigen in den Zentrumsökonomien der EU (Benlisoy 2012). Ihre Proteste richten sich stark gegen die Austeritätspolitik und deren asoziale Folgen. In Spanien ist allerdings auffällig, wie stark die sozialen Bewegungen (insbesondere die Indignados) die Repräsentationsdefizite des bestehenden politischen Systems, Tendenzen der Korruption und die „Privilegien der politischen Klasse“ (¡Democracia Real Ya! 2011: 87) hervorheben und als Konsequenz u.a. ein repräsentativeres Wahlrecht und Referenden fordern. Das Handlungsrepertoire dieser relativ neuen Bewegungen unterscheidet sich teils deutlich von dem der Gewerkschaften (oder auch der traditionellen Linksparteien): Straßenproteste, Versammlungen auf öffentlichen Plätzen, gezieltes Eingreifen zu Gunsten der Krisenbetroffenen – beispielsweise durch Interventionen bei Delogierungen in Spanien (siehe den Beitrag von **Asensi** in diesem Heft) oder auch die Organisation von Suppenküchen oder medizinischer (Not-)Versorgung in Griechenland (Bekridaki 2013). Die BewegungsaktivistInnen betonen Elemente wie Horizontalität und Offenheit (z.B. Calle Collado 2013). Die organisatorischen Strukturen sind oft sehr locker, die Entscheidungsfindungsprozesse zeitraubend, was sich als eine Grenze der Verstetigung derartiger Bewegungen erwiesen hat. Insbesondere in Spanien ist das Verhältnis dieser Organisationen zu traditionellen Linksparteien und Gewerkschaften oftmals distanziert, teils durch offene Ablehnung geprägt (Domènech 2011: 51 ff., Calle Collado 2013: 132 ff., kritisch: Fernandez Steinke 2011). Die spanische Izquierda Unida, die KommunistInnen, Grüne und kleinere Linksrgruppen umfasst, unterstützt zwar das Movimiento 15M als Protestbewegung; dieses lehnt eine formelle Zusammenarbeit mit der Partei aber ab. In den WählerInnenpräferenzen ist ein gewisser Aufschwung der Izquierda Unida festzustellen, die allerdings durch das Wahlrecht stark benachteiligt wird (Ducange et al. 2013: 104, 109). In Italien spielen die Gewerkschaften, speziell die MetallarbeiterInnen, zwar bei sozialen Protesten nach wie vor eine wichtige Rolle, doch haben diese in Italien eine schwächere Ausprägung als in Griechenland und Spanien. Darüber hinaus ist die einstmalige starke italienische Linke inzwischen weitgehend marginalisiert. Stattdessen hat sich das Movimen-

to Cinque Stelle als Kraft gegen das politische Establishment in Stellung gebracht und ist in die politische Lücke vorgestoßen, die durch die Delegitimierung des politischen Systems entstanden ist (Bozkurt-Güngen 2014: 15 ff.). In Griechenland hingegen vermochte sich Syriza als Linkspartei mit einer Agenda radikaler Reformen in die sozialen Mobilisierungen und Kämpfe einzugliedern – und gehört damit zu den wenigen Parteien der Linken, die in den Krisenjahren in der EU einen starken Aufschwung genommen haben. Mithin sind also trotz sozialstruktureller Ähnlichkeiten in Organisationsformen und Fragen der Bildung gesellschaftlicher und politischer Bündnisse durchaus gravierende Unterschiede in Südeuropa zu erkennen (Bozkurt-Güngen 2014).

In Südosteuropa spielen Gewerkschaften in den Protesten kaum eine Rolle. In Kroatien und Serbien gibt es allerdings teils verzweifelte Abwehrkämpfe für den Erhalt von auf den Binnenmarkt orientierten Fabriken, die noch aus dem gesellschaftlichen Eigentum Jugoslawiens stammen (Lončar 2013, Musić 2013). In Serbien erfolgt ein Großteil dieser Arbeitskämpfe in relativ kleinen Städten (Markuš 2013), was im Gegensatz zur stark großstädtisch geprägten Protestbewegung der perspektivlosen Jugendlichen in Spanien steht (Nofre 2013). Eine sich formierende neue Linke in Kroatien, die Wurzeln in der Studierendenbewegung der Jahre 2008-2010 hat, sucht die Kooperation mit den verschiedenen AkteurInnen von früheren ArbeiterInnenprotesten, aber auch mit anderen sozialen Bewegungen (Kanzleiter 2012: 117 ff.). In Serbien gibt es ähnliche Ansätze, allerdings kleiner und in einem viel komplizierteren Umfeld. Während in Rumänien spontane soziale Proteste im Jänner 2012 ihren Ausgangspunkt in einer umstrittenen Privatisierung im Gesundheitswesen hatten und sich gegen die harsche Austeritätspolitik richteten (Kanzleiter 2012: 123 f.), identifiziert **Ivancheva** (in ihrem Beitrag in diesem Heft) für Bulgarien Protestzyklen mit unterschiedlicher Akzentuierung – mal mit sozio-ökonomischer Stoßrichtung, mal ökologischer Natur und gegen das als völlig korrupt empfundene Establishment. In Bulgarien und Rumänien ist die Delegitimierung der politischen Parteien besonders stark fortgeschritten – und es gibt keine Kräfte auf der Linken, die dieses politische Vakuum füllen könnten. Insgesamt drücken Sozialproteste in der Peripherie stärker als in den Zentrumsstaaten der EU explizit eine Ablehnung des parteipolitischen Establishments und seiner politischen Praktiken (Freunderlwirtschaft, Korruption ...) aus. Von diesem politischen Legitimationsverlust der dominanten Kräfte können politische Linksparteien nur in einzelnen Ländern profitieren. Das politische Vakuum kann potenziell auch von weit rechts gefüllt werden – und das ist partiell auch bereits der Fall.

Selbst bei starken Mobilisierungen war der Erfolg sozialer Proteste bislang bestenfalls punktuell: In Einzelfällen, z.B. in Slowenien und Bulgarien, trugen Protestbewegungen zum Rücktritt unpopulärer Regierungen bzw. von Regierungsmitgliedern bei. In keinem Fall konnte bislang jedoch eine wirkliche Neuausrichtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik erreicht werden. Hierfür scheinen zwei Gründe zentral. Erstens: In keinem Fall kamen den sozialen Bewegungen nahestehende Parteien an die Regierungsmacht, was ihnen potenziell – und nur gegen starke Widerstände der EU und deren Kernstaaten – die Option einer strategischen Neuausrichtung von Politik und Entwicklungsstrategie ermöglichen würde. Am weitesten ist noch die griechische Syriza auf diesem Weg vorangeschritten. Zweitens: Vernetzungen und die Koordination von Aktionen innerhalb der EU stecken noch Kinderschuhen. Über die EU-Ebene laufen aber koordiniert zentrale politische Initiativen zur Radikalisierung neoliberaler Politikmuster und der Sparpolitik.

### Herausforderungen an eine EU-weite Vernetzung und Kooperation

Der grenzüberschreitenden Protestkoordination stehen verschiedene Hindernisse entgegen: Die Krisenzyklen, AkteurInnen und Handlungsrepertoires variieren in Europa erheblich. Wie Ariane Jossin (2013: 227 ff.) in ihrer vergleichende Studie zu AktivistInnen von globalisierungskritischen Bewegungen in Deutschland und Frankreich herausarbeitet, erschweren auch unterschiedliche politische Kulturen, teils auch Sprachbarrieren grenzüberschreitende Arbeit. Trotzdem ist es zur Herausbildung von Ansätzen EU-weiter Protestkoordination gekommen, bei denen allerdings osteuropäische AkteurInnen oft bestenfalls am Rande einbezogen sind. Diese EU-weiten Koordinationsversuche beziehen sich, wie **Alexandra Strickner** zeigt, vor allem auf die Zusammenarbeit neuer sozialer Bewegungen bzw. – mit einem etwas breiteren Spektrum an AkteurInnen – auf die Koordination von Protesten, die sich auf zentrale Felder der EU-Anti-Krisen-Politik (z.B. Economic Governance, Freihandelspolitik) bzw. auf das Agieren bestimmter EU-Institutionen (z.B. der Troika) beziehen. Zarte Ansätze gibt es auch im Bereich der transnationalen gewerkschaftlichen Protestkoordination – speziell in Form von Demonstrationen (siehe den Beitrag von **Julia Hofmann** in diesem Heft). Die Gewerkschaften sind allerdings durch ihren Bezug auf nationalstaatliche Lohn- und Sozialpolitik und die nationalstaatliche Rekrutierung von Mitgliedern in ihrem Handeln sehr stark auf den nationalen Rahmen orientiert. Gleichzeitig interveniert die EU, besonders scharf im Fall der Peripherieländer, immer stärker in die nationalstaatliche Sozial- und Kollektivvertragspolitik, was die europäischen Gewerkschaften vor neue Herausforderungen stellt. Ähnlich wie auf nationalstaatlicher Ebene ist auf europäischer Ebene weiters die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren – beispielsweise von Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen – aufgrund unterschiedlicher sozialer Basis, Organisationskulturen und politischer Ausrichtung ziemlich kompliziert. Aufgrund der starken institutionellen Abschottung von den EU-Kerninstitutionen gegenüber dem Druck von unten und demokratischen Legitimierungszwängen ist eine Einflussnahme auf supranationale Entscheidungen noch schwieriger als auf der nationalstaatlichen Ebene.

### Aufbau des Heftes

Am Anfang des Heftes steht ein Beitrag von **Alexandra Strickner** zu neuen Ansätzen EU-weiter Protestkoordination. Sie identifiziert verschiedene Felder derartiger Initiativen. Diese reichen von EU-weiten Protestkoordinationen gegen Kernelemente der EU-Anti-Krisenpolitik bis hin zum EU-weiten Agieren gegen Rechtsextremismus. Strickner stellt KernakteurInnen, deren wichtigste Handlungsfelder und Aktionsformen vor. Hierbei arbeitet sie heraus, dass in einigen Bereichen durchaus deutliche Fortschritte in der Zusammenarbeit gemacht worden sind. Gleichzeitig macht sie die Begrenztheit der Fortschritte deutlich. Eine Selbstbegrenzung sieht sie im fast ausschließlich defensiven Charakter der Proteste.

Der bereits zitierte Beitrag von **Stefan Schmalz** und **Nico Weinmann** vergleicht die gewerkschaftlichen Krisenproteste seit 2008 mit dem Protestzyklus von 1969-1973. Mit Hilfe des Jenaer Machtressourcenansatzes zeigen die beiden Autoren, dass die Proteste der 1960er/1970er Jahre Offensivkämpfe waren, während die aktuellen Proteste eher als Abwehrkämpfe zu verstehen sind. Wie die Lohnabhängigenmacht im Laufe der Jahrzehnte in die Krise geraten ist, wird am Beispiel Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens und Südeuropas illustriert. **Schmalz** und **Weinmann** zeigen schlussendlich, dass nicht-nor-

mierte Konflikten in den aktuellen Protesten eine große Bedeutung zukommt – dies stellt die traditionell sehr bürokratisch und starr organisierten Gewerkschaften vor große Herausforderungen.

Bereits in **Schmalz** und **Weinmanns** Beitrag wird ersichtlich, dass die Krisenproteste räumlich stark voneinander isoliert ablaufen. **Julia Hofmann** greift diese Problematik in ihrem Beitrag auf und stellt die Frage nach den Bedingungen und Barrieren eines europäischen Generalstreiks. Basierend auf Interviews mit GewerkschaftsfunktionärInnen verschiedener europäischer Länder arbeitet sie die zentralen Probleme heraus. Diese sind neben unterschiedlichen rechtlichen Bestimmungen, die ungleichzeitige politökonomische Entwicklung in der EU, die Machtungleichgewichte zwischen den Gewerkschaften Europas, unterschiedliche kulturelle Traditionen und vorhandene Machtressourcen sowie das Fehlen einer gemeinsamen EU-Vision.

Mit dem Beitrag von **Julia Kubisa** beginnen die Beschreibungen von sozialen Protesten in ausgewählten europäischen Ländern in diesem Heft. **Kubisa** beschreibt den Streik der KrankenpflegerInnen in Polen. Diesem sind weitreichende Veränderungen im polnischen Gesundheitswesen vorangegangen, die durch Stellenabbau und freie Dienstverträge die Arbeitsbedingungen der überwiegend weiblichen KrankenpflegerInnen stark verschlechtert haben. Mit Unterstützung der Gewerkschaft konnten zahlreiche Proteste und ein Streik organisiert werden. **Kubisa** beschreibt in ihrem Beitrag eingehend die Probleme, mit denen sozialen DienstleisterInnen konfrontiert sind, wenn sie für ihre Rechte kämpfen, aber gleichzeitig ihre PatientInnen nicht im Stich lassen wollen.

Während Streiks zum möglichen Handlungsrepertoire von KrankenpflegerInnen zählen, sind Arbeitslose auf andere Protestoptionen verwiesen. Spezifische Arbeitslosenproteste spielen in den bisherigen Protesten gegen die Austeritätspolitik in der EU trotz der stark gestiegenen Arbeitslosigkeit keine zentrale Rolle. In Deutschland hat es im Kontext der sogenannten Hartz IV-Reformen der Regierung der Schröder aber durchaus nennenswerte Proteste gegeben. **Harald Rein** stellt Ansatzpunkte, Aktionen und Grenzen der deutschen Arbeitslosenproteste dar.

Einen Einblick in die Arbeit der spanischen Bewegung gegen Delogierungen gibt **Cristina Asensi**. Mit der Orientierung des spanischen Wachstumsmodells auf Bauwirtschaft, Immobilien und Wohneigentum sind nach dem Platzen der Immobilienblase das Wohnen und Delogierungen zu einem zentralen sozialen Problem in Spanien geworden. Die Bewegung gegen Delogierungen greift dieses Alltagsproblem auf, löst die Betroffenen aus der Vereinzelung und erarbeitet kollektive Aktionsformen. Darüber hinaus setzt die Bewegung an den polit-ökonomischen Wurzeln der Wohnungs- und Delogierungspolitik an und stellt die Frage nach grundlegenden Alternativen.

Bulgarien und Slowenien stellen zwei unterschiedliche Fälle breiter sozialer Proteste dar. Bulgarien ist das Land mit der stärksten Armutsrate in der EU, während Slowenien bis Mitte der 2000er Jahre ein sozial abgedecktes, neo-korporatistisches Entwicklungsmodell verfolgte. Unterschiedliche Phasen der Proteste stellen **Mariya Ivancheva** für Bulgarien sowie **Anej Korsika** und **Luka Mesec** für Slowenien dar. In beiden Fällen sind Wechsel in den Akzentsetzungen der Proteste zwischen sozio-ökonomischen Forderungen und der Proteste gegen das politische Establishment, speziell gegen dessen korrupte Praktiken, erkennbar. Bei den Protesten gegen das Establishment steht in beiden Fällen zumindest für relevante Protestströmungen die Vorstellung eines „sauberen“ Kapitalismus Pate. Im Fall Bulgarien gelingt es der extremen Rechten ein Stück weit in das durch die umfassende Delegitimierung der etablierten politischen Kräfte entstandene Vakuum vorzusto-

ßen. In Slowenien, wo es eine ungleich stärkere Tradition gewerkschaftlicher Proteste und eine stärkere Verankerung alternativer Institutionen gibt, ist hingegen mit der „Initiative für den demokratischen Sozialismus“ ein erster Schritt zum Aufbau einer linken politischen Alternative gemacht worden. Die Initiative tritt als Teil eines linken Bündnisses, der Zdužene levice, auch zu den Wahlen zum Europaparlament an.

Der Debattenteil beschäftigt sich mit der Frage, inwieweit die EU in eine progressive Richtung veränderbar ist. **Joachim Becker** zeigt sich hier skeptisch und plädiert vorrangig für die Erweiterung nationalstaatlicher Entscheidungsspielräume und unterstreicht die Wichtigkeit einer progressiven Austrittsoption für die Peripherieländer der EU, während **Brigitte Unger** potenzielle Ansatzpunkte für ein soziales Europa herausarbeitet.

### Literatur

- Becker, Joachim (2011) Wachstumsmodelle und Krisenmuster in Osteuropa. In: WSI-Mitteilungen, 64(6), 270-277.
- Becker, Joachim (2012) Blindstellen: ungleiche Entwicklung und ungleiche Mobilisierung in der EU. In: Prokla, 42(3), 467-476.
- Becker, Joachim (2013) Krise, Anti-Krisen-Politiken und soziale Proteste in Osteuropa. In: Z – Zeitschrift für marxistische Erneuerung, 24(96), 114-136.
- Bekridaki, Georgia (2013) Die Bewegung der Selbstorganisation in Griechenland. In: Kleiser, Paul B. (Hg.): Griechenland im Würgegriff. Ein Land der EU-Peripherie wird zugerichtet. Karlsruhe 129-140.
- Benlisoy, Foti (2012) 21. Yüzyılın İlk Devrimci Dalgası. Fransa ve Yunanistan'dan, Arap Devrimci, „The Occupy“ Hareketleri ve Kürt İsyanına. Istanbul.
- Bohle, Dorothee (2013) Europas andere Peripherie: Osteuropa in der Krise. In: Das Argument, 55(1-2), 118-129.
- Bozkurt-Güngen, Sümercan (2014) Politics of Anti-Austerity and Search for Alternatives in Southern Europe: Syriza, Indignados and 5-Stars-Movement. Paper presented to METU Balkan Conference: International Conference on Financialization, Crisis, Social Protests and Development Alternatives in Southern Europe, Ankara, 14-15 February 2014.
- Calle Collado, Ángel (2013) La transición inaplazable. Salir de la crisis desde los nuevos sujetos políticos. Barcelona.
- ¡Democracia Real Ya! (2011) Propuestas. In: Taibo, Carlos et al.: La rebelión de los indignados. Movimiento 15 M: Democracia real, ¡ya! Madrid, 87-92.
- Domènech, Antoni (2011) Mejor al revés, ¿Cuál es la alternativa real al Movimiento 15 de Mayo? In: Taibo, Carlos et al.: La rebelión de los indignados. Movimiento 15 M: Democracia real, ¡ya! Madrid, 41-58.
- Ducange, Jean-Numa/Marlière, Philippe/Weber, Louis (2013) La gauche radicale en Europe. Bellecombe-en-Bauche.
- Fernandez Steinke, Armando (2011) Le mouvement 15-M en Espagne. In: Savoir/agir, Nr. 18, 55-66
- Gallas, Alexander/Nowak, Jörg (2012) Agieren aus der Defensive. Ein Überblick über politische Streiks mit Fallstudien zu Frankreich und Großbritannien. In: Gallas, Alexander/Nowak, Jörg/Wilde, Florian (Hg.): Politische Streiks im Europa der Krise. Hamburg, 24-106.
- Ivancheva, Mariya (2013) The Bulgarian Winter of Protests. Viewpoint from Southeast Europe, April 2013 ([www.rosalux.rs/sr/artikl-php?r=258](http://www.rosalux.rs/sr/artikl-php?r=258), abgerufen 10.6.2013).
- Jossin, Ariane (2013) Trajectoires de jeunes altermondialistes en France et en Allemagne. Rennes
- Kanzleiter, Boris (2012) Politische Sozialproteste im Südosten Europas im Zeichen der Krise. Vergleichende Momentaufnahmen aus Slowenien, Kroatien, Serbien und Rumänien. In: Gallas, Alexander/Nowak, Jörg/Wilde, Florian (Hg.): Politische Streiks im Europa der Krise. Hamburg, 114-128.

- Lehndorff, Steffen (2013) Verschiedene Welten? Gewerkschaften in der europäischen Krise. In: Das Argument, 55(1-2), 181-199.
- Lončar, Jovica (2013) Arbeitskämpfe im postsozialistischen Kroatien. Kontext und Geschichte. In: Kraft, Michael G. (Hg.): Soziale Kämpfe in Ex-Jugoslawien. Wien, 163-182.
- Markuš, Branislav (2013) Od radničkih borbi ka socijalnom pokretu. Zrenjanin.
- Musić, Goran (2013) Organisieren aus dem Chaos heraus. Das Beispiel Jugoremedia und die Umrise einer neuen Arbeiterbewegung in Serbien. In: Kraft, Michael G. (Hg.): Soziale Kämpfe in Ex-Jugoslawien. Wien, 106-142.
- Nofre, Jordi (2013) Del pacto social a la indignación: Geografía(s) de la #Spanish Revolution. In: Feixa, Carles/Nofre, Jordi (Hg.): #GeneraciónIndignada. Topías y Utopías del 15M. Lleiras, 21-52.
- Pöschl, Josef (2010) Entwicklungstendenzen in den MOEL. In: Wifo-Monatsberichte, 83(5), 429-443.
- Saad-Filho, Alfredo/Morais, Lecio (2013) Mass protests: Brazilian spring or Brazilian malaise. In: Panitch, Leo/Albo, Greg/Chibber, Vivek (Hg.): Socialist Register 2014. Registering class. London, 227-246.
- Schmalz, Stefan/Dörre, Klaus (2013) Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven. Frankfurt/Main.
- Wagner, Peter (2013) Provinz und Welt. Demokratie und Kapitalismus in Europa, Brasilien und Südafrika. In: Westend. Neue Zeitschrift für Sozialforschung, 10, 38-60.

# GELD IST GENUG DA

**ZEIT FÜR  
STEUER-  
GERECHTIGKEIT**

[www.gpa-djp.at](http://www.gpa-djp.at)

## REICHTUM IN ÖSTERREICH 2013

1. Familien Porsche und Piëch	40,9 Mrd. Euro
2. Dietrich Mateschitz	7,5 Mrd. Euro
3. Familie Flick	6,3 Mrd. Euro
4. Johann F. Graf	4,5 Mrd. Euro
5. Karl Wlaschek	4,2 Mrd. Euro
6. Heidemarie Horten	3,2 Mrd. Euro
7. Familie Swarovski	2,6 Mrd. Euro
8. Wolfgang Leitner	2,0 Mrd. Euro
9. Frank Stronach	1,9 Mrd. Euro
10. Patricia, Karl Emil und Marie-Rose Kahane	1,8 Mrd. Euro

Quelle: Valuga Report  
Alle Angaben in Mrd. Euro  
Stand Juni 2013



**GPA djp**  
 GEWERKSCHAFT DER PRIVATANGESTELLTEN  
 DRUCK - JOURNALISMUS - PAPIER